

E-PAPER

Studienzusammenfassung

Vom Zahlmeister zum Zukunfts- meister

Ein neues Selbstverständnis
Deutschlands in der EU

VON JOHANNES HILLJE UND CHRISTINE PÜTZ

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, April 2019
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum

Vom Zahlmeister zum Zukunftsmeister – Ein neues Selbstverständnis Deutschlands in der EU

Im Jahr der Europawahlen steht die Europäische Union nach innen wie nach außen vor enormen politischen Herausforderungen. Bei deren Bewältigung kommt Deutschland als größte Volkswirtschaft und bevölkerungsreichstes Mitgliedsland eine zentrale Rolle zu. Impulse für Reformen und eine Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Politik kamen in letzter Zeit insbesondere von Frankreich. Deutschland reagierte dagegen mehr, als dass es agierte. Dabei ist zu beobachten, dass der deutsche Europadiskurs bis heute auch von der These geprägt ist, Deutschland sei «Zahlmeister Europas» oder könnte es in Zukunft werden. Trotz eines ambitionierten Europakapitels im Koalitionsvertrag reagierten Vertreter der Regierungsparteien zuletzt auf Reformvorschläge nach alten Mustern: «Wenn die Initiativen nur damit enden, dass Deutschland immer alles bezahlt, dann gibt es schon sehr viele Menschen, die sagen: Wir sind sehr für Europa, aber dass wir immer alles bezahlen müssen, das wäre einfach ein Tick zu viel».^[1] Auch in deutschen Leitmedien ist zu lesen, dass Initiativen von EU-Partnern den Verdacht erwecken würden, «in Wahrheit sei der deutsche Zahlmeister gefragt».^[2]

Korrekt ist, dass Deutschland der größte Nettozahler in den Haushalt der EU ist. Aber die Exportnation profitiert auch in großem Maße von der EU und dem Binnenmarkt. Dass die EU-Mitgliedschaft finanziell ein schlechter Deal für Deutschland ist, lässt sich mit den Daten verschiedener Wirtschaftsinstitute und der EU-Kommission nicht belegen – im Gegenteil.^[3] Zudem blendet die «Zahlmeisterthese» jeglichen politischen Nutzen der europäischen Gemeinschaft für Deutschland aus. Trotzdem scheint dieser Mythos mitverantwortlich für die gegenwärtige zurückhaltende deutsche EU-Politik zu sein.

Die Studie hat untersucht, welches Selbstbild die deutschen Bürgerinnen und Bürger in Hinblick auf die Rolle Deutschlands in der EU haben. Ist der «Zahlmeister» eine existierende Befürchtung unter den Deutschen oder nur eine rhetorische Figur, mit der für einen bestimmten europapolitischen Kurs geworben wird? Mit Hilfe der Erhebung von

1 Diesen Satz sagte Markus Söder in der ZDF-Sendung «Maybrit Illner» vom 03. Mai 2018

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.3.2018, in dem Artikel «Die letzte Chance für Europa?»

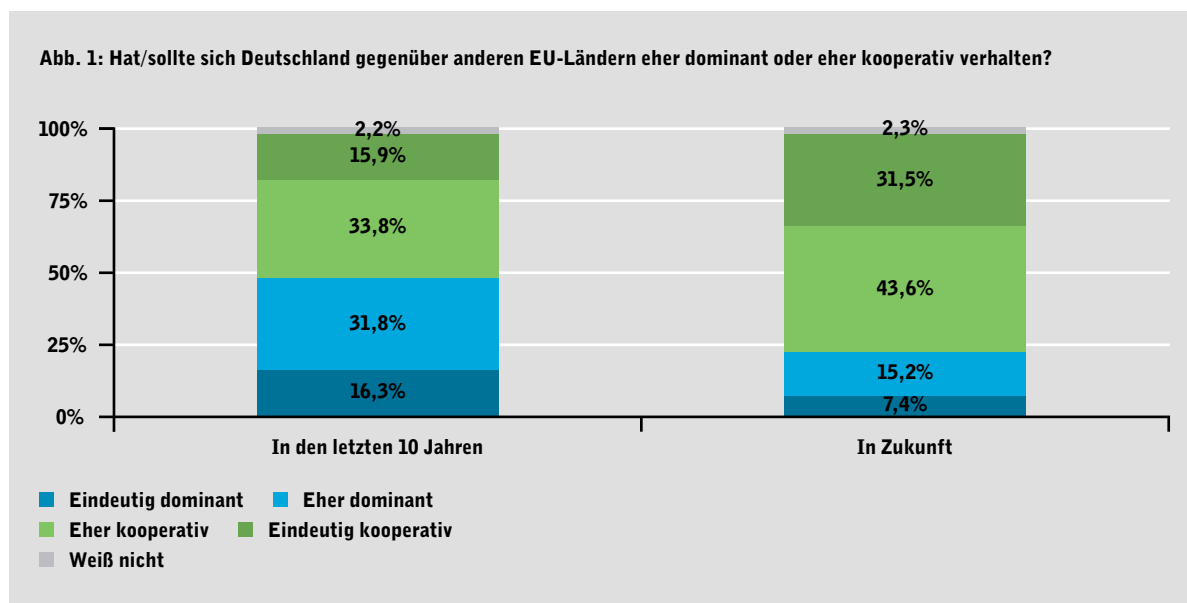
3 EU-Kommission (2018): https://ec.europa.eu/germany/news/20180214-oettinger-zu-eu-finanzen-nach-2020-nettozahler-debatte-ist-zunehmend-sinnentleert_de und Bertelsmann-Stiftung (2013): https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_37726_37727_2.pdf

Einstellungen der deutschen Bevölkerung, möchte die Studie zur Entwicklung eines zukunftsgerichteten und realistischen deutschen Selbstbilds in Europa beitragen.

Was die Deutschen denken:

Für diese Studie wurde eine repräsentative Umfrage und mehrere Gruppendiskussionen im Januar 2019 – rund vier Monate vor den Europawahlen – durchgeführt.^[4] Das sind die **wichtigsten Ergebnisse** der Umfrage:

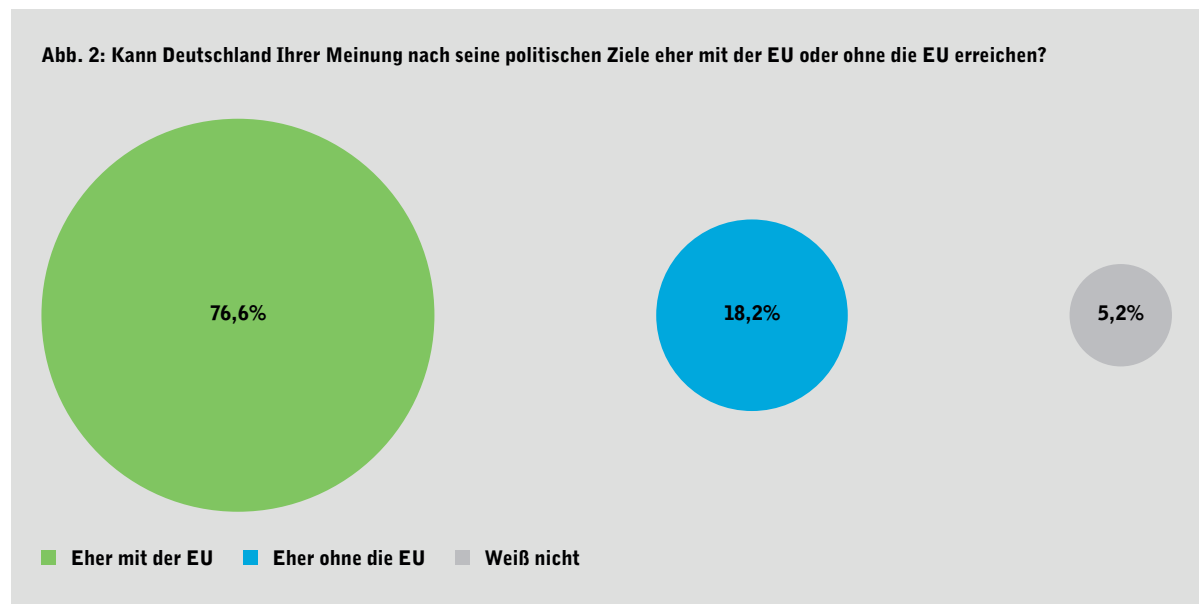
- Eine klare Mehrheit der Deutschen von jeweils über 75% wünscht sich zukünftig ein **kooperatives und aktives Auftreten** Deutschlands in der EU, während 22,6% ein dominantes Auftreten gegenüber den anderen EU-Ländern und 19,8% ein weniger aktives Verhalten präferieren.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind gespalten bei der Frage, ob sich Deutschland **in den letzten 10 Jahren dominant (47,8%) oder kooperativ (49,7%)** gegenüber den anderen EU-Mitgliedern verhalten hat.



- Den **Nutzen der EU sehen die Deutschen in erster Linie politisch und in zweiter Linie wirtschaftlich**: 76,6% sind der Meinung, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. 66% glauben, dass Deutschland unterm Strich wirtschaftlich mehr Vor- als Nachteile von der EU hat. Allerdings fällt die Mehrheit, die an den wirtschaftlichen Nutzen der EU glaubt, bei Menschen mit

4 Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat für diese Studie 5.000 Personen zwischen dem 23. und 25.1.2019 online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Zudem wurden drei 90-minütige Fokusgruppen von pollytix research durchgeführt.

niedriger formaler Bildung (56,4%) und ländlicher Wohnlage (61,2%) geringer aus als bei den Befragten mit Abitur (70%) und urbaner Wohnlage (74,2%).



- Eine Mehrheit von 60,7% hält den **finanziellen Beitrag Deutschlands zum EU-Budget nicht für zu hoch**. Davon meinen 51,1%, dass der Beitrag angemessen ist und 9,6% hält ihn für zu niedrig. 36,4% ist dagegen der Meinung, dass Deutschlands Beitrag zu hoch ist. Dieser Meinung sind bei den Befragten mit niedrigem formalem Bildungsabschluss (50%) und ländlicher Wohnlage (48,3%) sogar noch größere Anteile. Unter Menschen mit hoher Bildung (54,4%) und urbaner Wohnlage (62,2%) sind hingegen die Anteile, die den Beitrag für angemessen oder zu niedrig halten, überdurchschnittlich hoch. Bei den parteipolitischen Lagern hält eine Mehrheit in der Anhängerschaft von Grünen, SPD, Linken und CDU/CSU den deutschen Beitrag für angemessen, während bei AfD und FDP relative Mehrheiten den Beitrag für zu hoch einschätzen.
- Über 90% der Deutschen wünschen sich **mehr gemeinsame Ausgaben von Deutschland und den EU-Partnern für spezifische Politikfelder**. Oben auf der Agenda der Bürgerinnen und Bürger stehen hierfür Klima- und Umweltschutz, Forschung und Bildung, Verteidigung und Sicherheit sowie Arbeit und Soziales.

Zeit für ein neues Selbstbild: Zukunftsmeister Europas

Die Befunde der Umfrage zeigen, dass die **Zahlmeisterthese im Widerspruch zu den Einstellungen in der deutschen Bevölkerung steht**. Die Mehrheit der Deutschen reflektiert die EU-Mitgliedschaft weit über den wirtschaftlichen Nutzen hinaus, sie hält die deutschen Finanzbeiträge zur EU nicht für zu hoch, sondern wünscht sich für bestimmte politische Bereiche mehr finanzielles Engagement von Deutschland und den EU-Partnern. Die Zeit scheint also reif für ein neues, zukunftsorientiertes und über rein ökonomische Parameter

hinausgehendes Selbstbild Deutschlands in Europa. Eine solche Haltung sollte sich insbesondere im deutschen Europadiskurs derjenigen widerspiegeln, die den Zahlmeistermythos bislang auf dem Rücken des europäischen Gemeinschaftsgeistes strategisch als finanzielles Argument gegen unliebsame politische Maßnahmen eingesetzt haben: Statt Europa als eindimensionale Plus-Minus-Rechnung zu «framen», wird es dann zur Möglichkeit, im politischen Wettstreit über sinnvolle Maßnahmen die **Zukunft zu gestalten**. Als Diskussionsgrundlage für eine neue Haltung Deutschlands in und zur EU sollen folgende vier Elemente dienen, die sich aus den Studienergebnissen ableiten lassen:

- **Verantwortung für Zusammenhalt:** Als Profiteur von der europäischen Gemeinschaft liegt Europas Zusammenhalt gleichermaßen in der Verantwortung und im Interesse Deutschlands. Der gegenwärtigen multiplen Spaltung Europas sollte Deutschland aktiv entgegen wirken. Dazu gehören unter anderem die Verringerung der ökonomischen Ungleichgewichte in der EU, die **Bekämpfung der Stadt-Land-Spaltung** wie auch die Verteidigung des Gemeinschaftskonsenses über rechtsstaatliche und demokratische Grundprinzipien.
- **Kooperativer Gestaltungsanspruch:** Deutschland sollte seine starke Position in der EU zuvörderst als Möglichkeit zur politischen Gestaltung gemeinsam mit den EU-Partnern verstehen. Deutschlands Passivität steht im Widerspruch zu seinem Interesse an einer stabilen Wirtschafts- und Währungsunion. Dabei sollte die deutsche Rolle gleichermaßen von **Aktion und Kooperation** geprägt sein, denn die Zukunft kann Europa nur gemeinsam meistern
- **Investition in die Zukunftsfähigkeit:** Deutschlands politischer Gestaltungsanspruch sollte sich in erster Linie auf die Zukunftsfähigkeit Europas beziehen. Bei wichtigen Zukunftsthemen wie dem **Klimaschutz, Digitalisierung** aber auch den Herausforderungen, die den Zusammenhalt Europas betreffen (z.B. soziale Sicherheit, Infrastruktur, innere Sicherheit), sollte Deutschland wieder zum Impulsgeber werden.
- **Sicherung der Handlungsfähigkeit:** Ein Handlungsunfähiges Europas ist ein schwaches Europa. Es sollte deshalb zum deutschen Selbstverständnis gehören, Blockadezustände zu verhindern. Dazu sollte das Einstimmigkeitsprinzip auch bei außen- oder steuerpolitischen Entscheidungen durch das **Mehrheitsverfahren** ersetzt werden. Zudem kann Deutschland, wo es sich anbietet, mit Frankreich und anderen EU-Partnern mit der Methode der «verstärkten Zusammenarbeit» vorangehen.

Autor/innen der Studie:

Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater und Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum

Dr. Christine Pütz, Referentin Europäische Union im Referat Europäische Union/Nordamerika der Heinrich-Böll-Stiftung

Studie herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit Das Progressive Zentrum als E-Paper: <https://www.boell.de/de/2019/04/08/vom-zahlmeister-zum-zukunftsmester>

Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Fachkontakt: Dr. Christine Pütz, Referat EU **E** puetz@boell.de